



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß „guter Ton“ jetzt ein ganz anderer Begriff war, als er es zu ihrer Großmutter Zeiten gewesen, und obwohl sie noch alle der alten Anna langatmige Vorschriften und Henry Percys scharfe Worte in Erinnerung hatte, so war es wahrhaftig nicht ihre Absicht, sich lächerlich zu machen, indem sie nicht so war „wie die andern“. So zum Beispiel Lady Charlotte Herbert — noch vorgestern hatte sie ihren Freundinnen gesagt, niemand solle doch glauben, daß sie sich mit ihrem Lord verheirate, weil sie ihn andern vorziehe . . . Nein, wenn sie jemand vorzöge, so wäre es wahrhaftig der hübsche irländische Viscount, der jetzt munter und vergnügt mit Sir Thomas Thynne Karten spielte und ihn ohne Gewissensbisse rupfte. Und Lady Charlotte war wirklich nicht melancholisch an ihrem Hochzeitstag — im Gegenteil. Sie sah strahlend aus, nahm Glückwünsche entgegen, lächelte nach rechts und nach links, und als der feierliche Augenblick kam, ließ sie sich, ohne auch nur mit den Wimpern zu zucken, von ihrer Mutter, der Herzogin von Portsmouth, in das Brautgemach führen. Lady Elizabeth grübelte — ein wenig verzagt — darüber nach, ob sie selbst sich in einer ähnlichen Situation ebenso kaltblütig benehmen könne, aber auf alle Fälle: eine feige und lächerliche prude sollte sie niemand jemals nennen.

Ohne zu tun, als bemerke sie etwas, ließ sie also Königsmark die Haarlocke behalten, die er noch in der Hand wog. Aber das gelobte sie sich selbst: wenn jemand mit ihr über ihre Gefühle für ihren Zukünftigen sprach, so wollte sie sich wahrlich auch die Gerechtigkeit erzeigen, ebenso aufrichtig zu sein wie Lady Charlotte.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Cronberg. Die Ententenpolitik, ihre Ausdehnung auf Rußland. Die Alternative für Deutschland. Fürst Bülow in Wilhelmshöhe.)

Cronberg! Nächst dem Abschluß der Algierakonferenz ist die Begegnung in Cronberg zwischen dem Kaiser und dem König von England bisher das wichtigste Begebnis auf dem Gebiete unsrer auswärtigen Politik in diesem Jahre. Politische Geschäfte sind in Cronberg weder gemacht noch eingeleitet worden, aber die Zusammenkunft der beiden Monarchen hat immerhin das nicht gering zu veranschlagende Ergebnis gehabt, daß alle die Elemente im Auslande, die bisher persönliche Verstimmungen für ihre politischen Zwecke auszubenten trachteten, fortan die Rechnung ohne den Wirt machen werden. Dieses Ergebnis ist, wie gesagt, nicht zu unterschätzen angesichts der Tatsache, daß die englische Politik die einmal gewonnene Basis der Entente mit Frankreich nicht aufgeben, mithin eine Annäherung an Deutschland nur so weit suchen und eingehn wird, als sie erreicht werden kann, ohne in Frankreich Verstimmung oder Mißtrauen zu erwecken. Schon die freundliche Aufnahme erst der deutschen Bürgermeister, dann der deutschen Redakteure in England schien die französische Empfindlichkeit berührt zu haben, namentlich die Aufnahme der Journalisten, der ein ausgesprochen politischer Zweck zugrunde lag, und die ungeachtet ihrer längern Dauer an Wärme nur zunahm. Man hat den Eindruck, als ob es schon damals für die englische Regierung notwendig geworden sei, sowohl der französischen Botschaft in London gegenüber als auch in Paris zu versichern, daß die engen und vertrauensvollen Beziehungen Englands zu Frankreich durch die höfliche Aufnahme der deutschen Gäste in keiner Weise berührt würden. Der französische Botschafter in

London, Herr Cambon, der ja auch für Herrn Delcassé der Gewährsmann des englischen Kriegsbündnisses gewesen ist, scheint in dieser Hinsicht besonders argwöhnisch und eifersüchtig zu sein, zumal nachdem mit dem liberalen Kabinett die Tendenz in England sichtlich Boden gewonnen hat, die unnötigen Spannungen mit Deutschland zu begleichen und den deutsch-englischen Beziehungen wieder einen freundschaftlichen Charakter zu geben.

Will sich England einerseits von seinem jetzigen diplomatischen Pivot der englisch-französischen Entente nicht entfernen, andererseits bessere Beziehungen zu Deutschland pflegen, ohne ein Mißtrauen Frankreichs wachzurufen, von dem Andeutungen schon in der Pariser Presse zutage traten, so bleibt für das britische Kabinett nur übrig, allmählich eine Besserung der französisch-deutschen Beziehungen durch Unterstützung derjenigen französischen Politiker herbeizuführen, die dieser Besserung geneigt und deshalb bereit sind, die Hand dazu zu bieten. Ihre Zahl ist nicht groß, und die Aufgabe wird darum weder leicht noch in kurzer Zeit zu vollbringen sein. Die große Mehrzahl der französischen Politiker wünscht die Ententenpolitik nicht in der Richtung einer Annäherung an Deutschland, sondern im Sinne eines fort und fort zu verstärkenden Gegensatzes zu Deutschland auszubauen. Dem jetzigen französischen Botschafter in Berlin, Herrn Bihourd, bezüglich dessen unbegründete Rücktrittsgerüchte im Umlauf waren, sagt man nach, daß er ein Anhänger der Annäherung an Deutschland sei, während sein Londoner Kollege, der schon genannte Herr Cambon, die französisch-englische Entente nur als gegen Deutschland gerichtet auffaßt und für ihren Ausbau in dieser Richtung eintritt. Solange die Republik in London durch diesen Botschafter vertreten ist, wird es dem englischen Kabinett somit nicht leicht sein, die Richtung der Annäherung zu Deutschland einzuschlagen, auch wenn das ganze Kabinett hierin einmütig wäre. Das ist aber nur mit Abstufungen der Fall. Als wirklich deutschfreundlich sind in erster Linie der Lord-Kanzler Cockburne und der Kriegsminister Haldane anzusprechen, der ja auch den deutschen Herbstmanövern auf Einladung des Kaisers beiwohnen wird. Der Premier selbst, Sir Campbell Bannerman, hat sich öffentlich wiederholt und namentlich in seiner Programmrede vom 21. Dezember v. J. dahin ausgesprochen, daß er in keinem einzigen der Interessen beider Völker irgendwelchen Grund zu einer Entfremdung sehen und die kürzlich erfolgten offiziellen Freundschaftsbezeugungen begrüße. Er dürfte deshalb seinen vorher genannten Amtskollegen in bezug auf Deutschland am nächsten stehen. Kühler und ressortmäßig zurückhaltender ist dagegen der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, der kein Hehl daraus macht, daß die britische Politik von dem Einvernehmen mit Frankreich abhängig, mithin für die Annäherung an Deutschland nur bedingungsweise zu haben ist. Hierzu kommt, daß dem britischen Staatssekretär die Erreichung einer Verständigung mit Rußland viel wichtiger erscheinen mag, die hauptsächlich der Sicherstellung Indiens und einer Abmachung über Zentralasien gelten soll, um auf diese Weise das indische Budget zu entlasten. Gegenwärtig schweben Verhandlungen mit dem Petersburger Kabinett wegen Tibet. Ist dieser Abschluß erst einmal erfolgt, so wird es für England vielleicht weniger schwierig sein, ihn auch auf Zentralasien auszudehnen. Es mag das um so eher gelingen, als Rußland ohnehin für eine Reihe von Jahren kaum in der Lage sein wird, sich auf größere kriegerische Unternehmungen einzulassen, und weil auch ein etwa vorhandener Wunsch, der Armee durch eine größere Aktion ihren innern Halt zurückzugeben, doch nur dann ausführbar sein wird, wenn es mit sichrer Aussicht auf Erfolg geschehen kann. England wird sich somit sicherlich nicht unfreundlich gegen Deutschland verhalten, bevor es des Abschlusses mit Rußland sicher ist, schon aus dem Grunde, weil sich Rußland schwerlich beeilen würde, mit einem in Schwierigkeiten

mit Deutschland begriffnen England zum Abschluß zu kommen. Später würde sich die russische Politik darüber klar zu werden haben, ob sie den diplomatischen Waffenstillstand, den England für alle asiatischen Fragen zwischen sich und Rußland anstrebt, im Sinne eines Anschlusses an die französisch=englische Entente ausbauen soll. Die französische Politik wird voraussichtlich in diesem Sinne bemüht bleiben, mit welchem Erfolge — steht dahin, zumal da der jetzige russische Minister des Auswärtigen, Herr von Tswolstky, auf dem Standpunkt steht, daß es für Rußland notwendig sei, die guten Beziehungen zu Deutschland zu festigen. Für das Deutsche Reich bestehn also nach wie vor die Zukunftsfragen: wird die englisch=französische Entente noch enger als Gegengewicht gegen Deutschland ausgebaut, und gewinnt sie in diesem Sinne Rußlands Beitritt? Oder — fühlt sie sich mit oder ohne Rußland zu solchem Gegengewicht nicht stark genug und sucht infolgedessen Deutschland in diese Verständigung aufzunehmen?

Vor dieser Alternative steht die deutsche Politik, daran läßt sich nichts ändern. Es ist alte Bismarcksche Lehre, daß man sich in der Politik immer auf den schlimmsten Fall einrichten soll. In diesem Sinne äußerte er sich gegen Moltke im Jahre 1879 in bezug auf die damals im Anschluß an die russische Kongreßverstimmung stärker hervortretende französische Revanchestimmung: „Rechnen wir mit dem schlimmsten Fall, mit dem Überfall, und wir werden uns nicht verrechnen.“ Von dieser Linie wird sich keiner seiner Nachfolger ungestraft entfernen dürfen, namentlich solange nicht, als die Franzosen ängstlich bemüht bleiben, ein intimeres Verhältnis Deutschlands und Englands nach Möglichkeit zu verhindern. Weshalb tun sie das wohl? Im Sinne des Friedens schwerlich, denn der wird durch gute Beziehungen zwischen Deutschland und England auch für Frankreich am sichersten gewahrt. Diese Richtung der französischen Politik gilt mithin unbestreitbar weniger dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als vielmehr der Hoffnung auf Unterstützung im Kriege. Die angebliche Befürchtung eines deutschen Angriffs, mit der die französische Diplomatie kreben geht, ist haltlos. Deutschland hat fünfunddreißig Jahre Frieden gehalten, hat sogar in Augenblicken, wo das Verhalten Frankreichs dies sehr erschwerte, von seiner Stärke keinen Gebrauch gemacht. Ebenso wie Bismarck es war, ist auch die heutige Leitung der deutschen Politik von der Unzulässigkeit eines Präventivkrieges durchdrungen. Einen Angriffskrieg gegen Frankreich hat Deutschland nie geführt, niemand im Deutschen Reich wünscht einen Krieg mit Frankreich, wir könnten bei einem solchen, wenn auch siegreichen Kriege, nichts gewinnen. Wohl aber ist eine französische Politik, die in der Delcasséschen Richtung weiter läuft und Deutschland mit Hilfe weit ausgesponnener Ententen und Bündnisse einzukreisen trachtet, nicht ohne Gefahr. Eine Macht wie Deutschland kann es sich auf die Dauer nicht bieten lassen, bei jedem Schritt außerhalb der Reichsgrenzen auf eine diplomatische Umzäunung zu stoßen, eines Tags entsteht unvermeidlich die Notwendigkeit, sie zu durchbrechen.

Die französische Diplomatie hatte die Stimmung, die in England gegen Deutschland entstanden war, geschickt zu nähren verstanden; sie hatte das Ziel, durch England Frankreichs Geschäfte Deutschland gegenüber besorgen zu lassen, damit das Deutsche Reich bei einem ihm geschickt aufzuerlegenden Konfliktfalle es mit beiden Mächten zu tun bekomme, fest im Auge. Wie weit Delcassé auf diesem Wege gelangt war oder gelangt zu sein glaubte, kann für jetzt unerörtert bleiben. Das Ergebnis haben die Cronberger Unterredungen jedenfalls gehabt, daß England nicht so leicht bereit sein wird, Frankreichs Kriege zu führen, wenn es die Überzeugung hat, daß Englands Interessen den Krieg nicht erheischen.

Sehen wir auf den Weg zurück, den die deutsch=englischen Beziehungen seit dem Kabinettswechsel im Dezember des vorigen Jahres eingeschlagen haben, so ist

eine Besserung, ein Aufsteigen des politischen Thermometers über den Nullpunkt unverkennbar; bis zu welchem Wärmegrade er sich weiter entwickeln wird, hängt nicht allein von uns ab. Die Entente mit Frankreich ist zum politischen Glaubenssatz der Engländer geworden; der Umstand, daß sie diese Annäherung als das Werk ihres Königs ansehen, das er sein Leben lang sorgfältig hüten wird, hat ihm eine gewaltige Popularität und einen großen persönlichen Einfluß in England verschafft, weit über die eigentliche Stellung der Krone in Großbritannien hinaus. In Anbetracht dieses großen persönlichen Einflusses, den der König in der Politik seines Landes auch ferner haben wird, ist es im Interesse des Friedens nur erfreulich, wenn an Cronberg wenigstens die Hoffnung geknüpft werden darf, daß das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Herrschern fortan zugunsten der deutsch-englischen Beziehungen in die Wage fallen wird. Im übrigen heißt es abwarten, die Entwicklung kann nur eine langsame sein. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhange die Notiz in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die die alte Forderung eines englischen Gegenbesuchs in Berlin oder Potsdam für irrtümlich erklärt, da der König seinen offiziellen Gegenbesuch, den er 1904 in Berlin beabsichtigt habe, auf Wunsch des Kaisers damals in Kiel abgeftattet hätte. Nachdem auf deutscher Seite diese Auffassung anerkannt wurde, ist damit auch der Weg von Berlin nach London wieder freigemacht. König Eduard kam damals in Begleitung eines englischen Schwaders zur Kieler Woche und wurde mit allen Ehren empfangen; der offizielle Charakter des Besuchs ist also nicht in Abrede zu stellen.

Die Reise des Reichskanzlers von Norderney nach Wilhelmshöhe ist in der Presse beifällig als ein Zeichen registriert worden, daß Fürst Bülow wieder mit voller Kraft und Gesundheit in die Leitung der Geschäfte getreten ist. Durch die Reise „zum Vortrag“ ist das für jedermann sinnfällig wahrnehmbar geworden, an einem reichen Maße von Arbeit hat es während dieser Sommermonate in Norderney aber wahrlich nicht gefehlt. Wie schon bekannt ist, wird der Reichskanzler am 29. dieses Monats auch der Taufe in Potsdam bewohnen und zu diesem Zweck am 27. von Norderney in Berlin eintreffen. Am 28. gedenkt er einem Ministerrate zu präsidieren, und er wird voraussichtlich die Hauptstadt vor der Abreise des Kaisers nicht verlassen. Es ist keineswegs die Cronberger Begegnung, die die Reise zunächst veranlaßt hat. Über den Verlauf der mit König Eduard gepflognen Unterredungen hat der Kaiser den Reichskanzler telegraphisch ausführlich unterrichtet, sodaß Fürst Bülow schon vor der Abreise von Norderney in voller Kenntnis der Dinge war. Diese Unterredung hätte einen sofortigen Vortrag in Wilhelmshöhe nicht gefordert, zumal da der Reichskanzler den Kaiser acht Tage später in Potsdam und Berlin wiedersehen wird. Es kann sich mithin nur um Dinge gehandelt haben, die einen acht- bis zehntägigen Aufschub nicht vertragen. Zu diesen gehört vor allem das Abschiedsgesuch des Landwirtschaftsministers, dessen Entscheidung einstweilen ausgesetzt ist, sodann war auch wohl die Zustimmung des Kaisers für die Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen herbeizuführen.

g

Die Fugger in Rom. Über die viel bestrittenen Verhältnisse, die zum ersten Auftreten Luthers führten, werden wir jetzt nach einer sehr wichtigen Richtung bis ins einzelne hinein unterrichtet durch die aktenmäßige Darstellung von Aloys Schulte in Bonn: Die Fugger in Rom 1495 bis 1523. Mit Studien zur Geschichte des kirchlichen Finanzwesens jener Zeit. Erster Band: Darstellung mit einer Lichtdrucktafel (Jakob Fugger nach H. Holbein dem Ältern). Zweiter Band: Urkunden mit zwei Lichtdrucktafeln (römische Fuggermünzen). Leipzig, Duncker und Humblot, 1904. Das Haus Fugger, das für sein tirolisches Silber (von Schwaz) vor allem in Italien,

zuerst in Mailand und Venedig, seit etwa 1471 auch in Rom einen Markt suchte und hier spätestens 1495 eine Faktorei im „Bankenviertel“ (nicht weit von der Engelsbrücke) gründete, hier auch einige Jahre durch Jakob Fugger vertreten wurde, übernahm für die päpstliche Kammer zunächst, wie früher andre Banken, den Transport der Geldzahlungen aus dem Norden, namentlich aus Deutschland. Bald trat an die Stelle dieses schwerfälligen und kostspieligen Transports die Zahlung durch den Wechsel, und da die Kurie das Geld häufig dringend brauchte, noch ehe es wirklich einkam, so entwickelte sich daraus ein gewinnbringendes Anleihegeschäft, das in der unerschütterlichen Solidität des Hauses Fugger seine beste Stütze fand. Infolgedessen wurden die Fugger in die Geldinteressen der Kurie derart verflochten, daß auch die vielfachen Ablässe unter ihrer Vermittlung eingezogen wurden. Von besonderm Interesse sind deshalb die Kapitel über die großen Ablässe unter Julius dem Zweiten und Leo dem Zehnten, besonders über den von 1517 zum Neubau der Peterskirche, den verhängnisvollen Anlaß zum Auftreten Luthers und die damit eng zusammenhängende Wahl Albrechts von Brandenburg zum Erzbischof von Magdeburg und Mainz, deren hohe Erhebungskosten aus dem ihm von Rom angebotnen Anteil am Ablass gedeckt werden sollten, Geschäfte, an denen die Fugger, wie von jeher bekannt war, einen großen, ja entscheidenden Anteil hatten. Das Anstößige war nicht dieser Ablass, sondern die ganze veräußerlichte Buß- und Ablasspraxis, die aus dem Bedürfnis frommer Seelen längst ein Geldgeschäft gemacht hatte, und die namentlich Jakob Fugger kräftig gefördert hat, sehr zum Schaden seiner Kirche (S. 251). Immerhin wäre ohne diese Ablässe und ohne alle die Geldleistungen der deutschen Kirchen an Rom die glänzende Blüte der Kunst in Rom, die Unvergängliches geschaffen hat, gar nicht möglich gewesen, und das mag die billige Entrüstung darüber mildern. Schulte verschweigt und beschönigt gar nichts (vgl. S. 182 und dazu die schöne Charakteristik des letzten germanischen Papstes, Hadrians des Sechsten, S. 288 ff.); der Spektakel, den vor einigen Jahren seine Forschungen erregten, war völlig grundlos; er gibt sogar die Unvermeidlichkeit der Reformation und die Berechtigung von Guttenß und Luthers scharfen Urteilen über den Amterschacher der Kurie im Kerne zu. Aber künstlich waren damals sogar die Kurfürsten, und auch Landesherren, Bischöfe und Städte (München) begehrten Ablässe oder Anteil an Ablässen für besondere, mit den schwachen regelmäßigen Mitteln der Regierungen nicht zu befriedigende Zwecke, sodaß der Streit vor allem um den größern oder geringern Anteil der Kurie ging. Erst allmählich trat auch die moralische Entrüstung dazu. Besonders anziehend sind auch die Kapitel über die Beziehungen der Fugger zur Kunst und die Stellung ihrer Bank während der Plünderung Roms 1527, bei der sie mit Beutegeldern gute Geschäfte machte und ganz unbehelligt blieb. Den Schluß bildet eine glänzende Charakteristik Jakob Fuggers (gest. 1525; S. 244 ff.), dieses königlichen Kaufmanns, der 1523 Karl dem Fünften schreiben durfte: „Es liegt am Tage, daß Eure Kaiserliche Majestät die römische Krone ohne meine Hilfe nicht hätten erlangen können.“ Die Ausstattung des Buchs ist vorzüglich.

Zur Frage der Wohnungsreform. Über die Bestrebungen der Wohnungsreformer und über die Ansichten ihrer Gegner ist in den Grenzboten von Zeit zu Zeit berichtet worden. Zu einem kurzen Überblick über den Stand der Debatte liefert das Buch zweier Sachkundigen reichliches Material: *Kleinhaus und Mietskasernen*, von Dr. Andreas Voigt, Professor, und Paul Geldner, Architekt. (Berlin, Julius Springer, 1905.) In den siebziger Jahren, als Berlin rasch wuchs, erwachte in den Eingepferchten die Sehnsucht nach der freien Natur; und die Hygieniker verstärkten mit der Baupespekulation im Bunde die schon vorher durch den

Blick auf England hervorgerufene Landhausbewegung. Schöner und gesünder waren ja nun die Wohnungen in den neuen Villenvierteln, aber für den Durchschnitt der Landliebhaber zu teuer, und die zu geringe Nachfrage hatte einen Krach zur Folge, dessen Ausbruch durch ungesunde Bodenspekulation beschleunigt wurde. Bei dieser ersten Bewegung war an die Arbeiter nicht gedacht worden. Die zweite faßte vorzugsweise die ärmern Klassen ins Auge und wollte diesen weiträumige gesunde Wohnungen verschaffen. Sie wurde durch Eberstadts bekanntes Buch, das Voigt als ganz verfehlt verurteilt, und von den Bodenbesitzreformern hervorgerufen, die behaupteten, die Ausdehnung der Berliner Baupolizeiverordnung von 1887, wonach nur zwei Drittel des Grundstücks bebaut werden durften, auf die Vororte, und die von 1897, durch die bei einer Tiefe von zweiunddreißig Metern die Bebauung von drei Vierteln der Fläche gestattet wird, hätten eine vernünftige Bebauung der Vororte unmöglich gemacht, indem sie zur Errichtung von Mietkasernen auf großen Häuserblocks mit breiten Straßen zwängen. Die Reformer wollten nur die Verkehrsstraßen breit haben, die Wohnstraßen eng, und statt großer Häuserblocks Reihen kleiner niedriger Häuschen. Und während bis dahin als selbstverständlich gegolten hatte, daß die weiträumige, allen Anforderungen der Hygiene entsprechende Bauweise die teurere sei, wird jetzt die Behauptung aufgestellt, daß die Mietkaserne die teuerste Wohnung, das Einfamilienhaus die wohlfeilste sei. Voigt beweist nun mit genauen Berechnungen der Aufträge, daß die Wohnungen in den Berliner Mietkasernen gesünder sind als die in kleinen und schlechten Häusern, wie solche besonders in Bremen häufig sind, und mit genauen Kostenberechnungen, daß das viestöckige Miethaus der wohlfeilste Bau ist. Mit der Intensität der Ausnutzung der Bodenfläche nehmen die Kosten ab. Und zwar beruht die Verbilligung auf zwei Umständen. Erstens wird an Baukosten gespart, wenn eine gewisse Zahl von Wohnräumen in einem Hause vereinigt wird, statt auf viele Häuser verteilt zu werden. Und zweitens macht der Bodenpreis einen desto geringern Teil der Herstellungskosten aus, je mehr Stockwerke das Haus hat. Wenn in fünf Baubezirken der Quadratmeter Boden die folgenden verschiedenen Preise hat: 3 Mark, 20 Mark, 42 Mark, 67½ Mark, 99 Mark, die Häuser im ersten Bezirk ein Geschloß haben, im zweiten zwei usw., im fünften fünf Geschosse, so sind die Herstellungskosten in allen Bezirken gleich, nämlich, eine bestimmte Güte angenommen, 69 Mark für den Quadratmeter Wohnfläche, trotzdem der letzte Bodenpreis das dreiunddreißigfache des ersten ist. Was dann die Spekulation betrifft, so wird bewiesen, daß nicht sie es ist, die den Boden verteuert, sondern die Konkurrenz der Mieter. Die Leute, die eine gute Geschäftslage suchen, überbieten einander. So entstehen die hohen Mieten, und nach diesen wird der Preis berechnet, den der Spekulant oder der Bauunternehmer für den Baugrund zahlen kann, ohne zu Schaden zu kommen. Die Behauptung Eberstadts, daß Spekulanten „weite Geländeflächen aufkaufen, um sie jahre- und jahrzehntelang von der Bebauung auszusperren“, beruhe auf völliger Verkennung der Verhältnisse. Ist ein Baugrund baureif, das heißt ist die Stadt so weit vorgerückt, daß neue Häuser auf diesem Grunde Aussicht haben, bald bezogen zu werden, so würde nach Voigt der Besitzer, wenn er ihn unbebaut liegen ließe, die Zinsen verlieren, die ihm die augenblickliche Bebauung oder der Verkauf an einen Bauunternehmer brächte. Ist der Baugrund aber noch zu entlegen, so würde es unwirtschaftlich und unrentabel sein, Häuser darauf zu bauen, die keine Mieter fänden. Der Spekulant pflüge seinen Gewinn zu realisieren, sobald sich ihm eine günstige Chance darbietet, um sein Kapital dann wieder in neuem jungem Gelände anzulegen. Rascher Umsatz, nicht Liegenlassen sei der Grundsatz der Spekulation, die den Boden nicht verteuere, sondern verbillige. Nicht weniger un-

begründet seien die Klagen über die Bauunternehmer und über die „Hausagrarien“. Die Bauunternehmer seien im allgemeinen solid. Die Zusammenbrüche, bei denen Bauhandwerker durch leichtsinnige oder unerfahrene oder betrügerische Unternehmer zu Schaden gekommen seien, fielen bei der ungeheuern Menge von Bauten nicht ins Gewicht. Sie hätten sich auf Berlin und einige andre Großstädte beschränkt; dergleichen sei dort in neuerer Zeit nicht mehr und in den meisten Großstädten überhaupt nicht vorgekommen. Man habe also eine kleine Zahl von Vorkommnissen ungebührlich verallgemeinert. Der normale Gewinn des Hausbesizers aber betrage in Berlin ein Prozent des gesamten in dem Gebäude angelegten Kapitals über den üblichen Hypothekenzins. Diesen Gewinn dürfe man ihm wohl gönnen — ganz umsonst werde doch niemand die Mühe und das Risiko auf sich nehmen, das Wohnungsbedürfnis seiner Mitmenschen zu befriedigen, und einen höhern Gewinn durch höhere als die ortsüblichen Mieten zu erzielen sei unmöglich. Des Verfassers verstorbenen Bruder Paul Voigt hatte in seinem auch in den Grenzboten oft erwähnten Buche berechnet, daß wenn die Steigerung des Wertes des in Charlottenburg zwischen 1865 und 1897 bebauten Bodens von zwei auf zweihundert Millionen Mark den Mietern statt den Hausbesizern zugeflossen wäre, dadurch die Mieten um 41 Prozent verbilligt worden sein würden. Andreas behauptet: diese 198 Millionen sind nicht den Mietern entzogen, sondern ohne Beeinträchtigung dieser durch eine doppelte Ersparnis erzielt worden: Ersparnis an Boden und Ersparnis an Baukosten durch intensivere Bebauung. „Eine solche wäre unmöglich gewesen, wenn die 33 000 Familien Charlottenburgs alle auf eigenem Boden und in eignen Häusern hätten untergebracht werden sollen.“ Die Agitation der Bodenbesizereformier hat den Erfolg gehabt, daß das Ministerium des Innern die Steuer vom gemeinen Wert den Städten empfohlen hat. Voigt erklärt das für schlechte Wohnungspolitik. Die Spekulation sei aufzumuntern, nicht zu fesseln. Die Steuer bedeute eine Strafe für die Nichtbebauung, und eine solche sei nach dem oben gesagten nicht gerechtfertigt. Der Erfolg werde sein, daß der Spekulant mit sechs und mehr Prozent Zinsverlust rechnet, statt mit vier oder fünf, daß er, um diesen größern Zinsverlust zu vermindern, länger wartet, ehe er kauft, die Baureise näher herankommen läßt, und daß in der kürzern Zeit der Bodenpreis raschere und größere Sprünge macht. „Die Steuer bringt der Stadt finanzielle Einkünfte, die der erste Besizer zu tragen hat; der Spekulant entschläft ihr.“ Im letzten Kapitel berichtet Geldner über den Goethepark genannten neuen Stadtteil Charlottenburgs, mit dem eine Aktiengesellschaft die Möglichkeit demonstrieren wollte, „einen tiefen Baublock zu bebauen, ohne den bisherigen Typus der Mietkaserne zugrunde zu legen, ohne Hinterhäuser zu errichten und Höfe vorzusehen, und doch eine gleiche Bodenausnutzung wie bei den Mietkasernen zu erzielen“. Den Baugenossenschaften, bemerkt Geldner, gönnt der private Unternehmer „volle Bewegungsfreiheit; er weiß, daß sie ihn doch sobald nicht überflüssig machen und verdrängen werden. Nur eins verlangt er mit Recht: daß Genossenschaften nicht übermäßig von Staat und Gemeinde begünstigt werden, sodaß ihm die Konkurrenz erschwert und seine Tätigkeit lahmgelegt wird.“ Die Mietkaserne erklärt Voigt nicht etwa für ein Ideal, sondern eben nur für das Wohlfeile, und solange wenig bemittelte Leute in der Großstadt wohnen wollen oder müssen, sind verhältnismäßig billige Wohnungen nötig.

Im großen und ganzen scheint uns Voigt Recht zu haben. Doch machen wir fünf Vorbehalte. Seltne Ausnahme scheint uns der Bauschwindel nicht zu sein, auch nicht der Vergangenheit anzugehören, denn die Zeitungen berichten immer noch recht starke Fälle. Dann sehen wir nicht ein, warum die Kommunen den Bauspekulanten nicht ein wenig von ihrem Spekulationsgewinn abnehmen sollen;

müssen doch andre Leute jeden mit mühseliger Arbeit verdienten Groschen versteuern; ob dadurch der Häuserbau erschwert und verteuert wird, wollen wir abwarten. Ferner: Voigt behauptet, daß das Sperren von Baugrund zum Zwecke der Preissteigerung nicht vorkomme, die Organe der Bodenbesitzreformer aber führen Fälle dieser Praxis an. Um entscheiden zu können, wer von beiden Recht hat, müßte man die fraglichen Fälle an Ort und Stelle untersuchen können. Sodann wird, wenn auch Voigt in allem einzelnen Recht haben sollte, damit die Ansicht derer nicht widerlegt, die die Anhäufung der Bevölkerung in Großstädten an sich und aus vielen andern Gründen außer der Wohnungsnot für ein Unglück halten. Voigt hat ganz Recht, wenn er meint, gut wohnen ist eben, wie alles gute, teuer, und: solange es überhaupt Elend gibt, wird es auch Wohnungselend geben. Aber die schlechte Wohnung in der Großstadt wirkt schlimmer als eine vielleicht noch schlechtere auf dem Lande, die nur als Schlafstätte benutzt wird, weil die Leute den ganzen Tag im Freien und in gesunder Luft zubringen. Endlich würde ohne die Agitation der Gesundheitsapostel und der Bodenbesitzreformer der heutige Wett-eifer privater Unternehmer und gemeinnütziger Genossenschaften, auch die ärmern Leute mit menschenwürdigen Wohnungen zu versorgen, nicht wachgerufen worden sein, wie man unter anderm aus der Geschichte einiger Hamburger Arbeiterviertel ersieht, die W. F. Klassen erzählt in seinem sehr lesens- und beherzigenswerten Büchlein: *Großstadttheimat. Beobachtungen zur Naturgeschichte des Großstadtvolls.* (Hamburg, Gutenbergverlag Dr. Ernst Schulze, 1906.) Der Verfasser leitet einen Lehrlingsverein, ist Mitarbeiter der Gesellschaft „Volkshaus“ und kennt seine Hamburger gründlich. Die Wohnungsfrage ist nicht Hauptgegenstand des Buches, sondern wird nur gelegentlich erörtert. Es enthält eine Reihe von Skizzen, die unter vier Überschriften gebracht sind: Verlorene Volkskinder, Die Jugend unsrer Hoffnung, Lehrlingsvereine, Zur Naturgeschichte des Großstadtvolls.

Dilettantismus? Der Fluch unsrer Frauenbildung ist der Dilettantismus! Nicht etwa der der Kunst, dieser Dilettantismus ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt, sogar notwendig und gut. Ernsthaftige Dilettanten sind des Künstlers bestes Publikum, denn sie werden ihn meist am besten verstehen. Wer irgendein Instrument spielt, wird in einer Komposition die Melodienführung und die Harmonik besser erfassen und das Ganze rascher nachempfinden können, als wer sich nur auf das Hören beschränkt. Wer nach der Natur zeichnet und malt, dem wird ganz unbewußt der Blick geschärft für Formen, und er wird ein feineres und wahreres Farbengefühl erlangen als der, dem sich Linien und Farben nie in praktischer Wirklichkeit als „Problem“ entgegengestellt haben. Und so auf allen Gebieten, je mehr man sich mit einer Kunst beschäftigt, desto tiefer wird das Interesse und auch das Verständnis für sie. Wie anders soll überhaupt die Kunst Gemeingut werden? Dilettore heißt gern haben; je mehr und selbsttätiger wir die Kunst lieben, um so besser.

Es gibt aber noch eine andre Art von Dilettantismus, der, bei dem sich das dilettare auf die eigne Person bezieht. Und diesem Bildungsdilettantismus huldigen leider viele Frauen häufig und eifrig. Ihnen kommt es nicht auf die Dinge an, sondern darauf, sich mit einem gewissen Können und Wissen auszustatten, um mitreden zu können, um sich geistig zu schmücken. Es ist zum Beispiel eine traurige Tatsache, daß Frauen durchschnittlich ihr ganzes Wissen immer aus zweiter Hand beziehen. Ganz harmlos; sie merken kaum, daß das ja gar kein persönliches „Wissen“ gibt! Beispielsweise lesen sie eine — meinetwegen ausgezeichnete — Kritik über Darwin, über Harnack, über Dante — im Handumdrehen glauben sie

diese Männer ganz genau zu kennen. Sie kennen Darwins „Affentheorie“, wissen, was ungefähr in der Göttlichen Komödie steht — fertig! Bei der nächsten Gelegenheit reden sie von Darwin wie von einem alten Bekannten und im mitleidigen Tone wissenschaftlichen Besserwissens. Was wird überhaupt heute nicht alles von Frauen besprochen und beschrieben! Die Hälfte davon ist Dilettantismus. Es fehlt an Vorkenntnissen, an eignen Gedanken. Und nun die dadurch verbreitete Talmibildung, die immer bestärkte Neigung, alles nur flüchtig und von außen zu betrachten und zu betreiben — das gibt einen wahren Rattenkönig von Bildungs= dilettantismus.

Wir sollten doch endlich mit dieser — leider auch oft in Frauenzeitschriften gepflegten — Art von Dekorationswissen aufräumen. Abgesehen von der inneren Unwahrhaftigkeit, ist es doch auch so furchtbar langweilig! Warum sind wir so bescheiden, uns mit dem Urteil andrer, mit Essays und „Studien über —“ zu begnügen? Was liegt daran, ob wir eine wissenschaftliche Größe kennen (auf diese Weise kennen!) oder nicht? Ein ehrliches „ich weiß darüber nichts“ bekundet eine viel tiefere Geistes= und Charakterbildung als ein oberflächliches, kaum halb durch eigene Gedanken begründetes Urteil.

Aber es ist den meisten ziemlich schwer beizubringen, daß es zum Beispiel unendlich bildender ist, sich durch einen einzigen Gesang der Göttlichen Komödie durchzuarbeiten, als eine Besprechung über die ganze zu lesen. Es ist ja schließlich zunächst auch nur Dilettantismus, mit den Voraussetzungen unserer Durchschnittsmädchenbildung Dante zu lesen. Aber solche Bücher können nicht anders, als den ganzen Menschen zu vertiefen, schon indem sie den Trieb nach gründlicherem Verständnis wecken. Und das ist eben der Anfang, das rechte *dilettoro* in Kunst und Literatur zu pflegen und Früchte davon zu ernten in wirklicher persönlicher Bildung.

In einem ausgezeichneten Aufsatz von Marianne Weber wurde kürzlich erläutert, daß die Frau zunächst befähigt und deshalb auch berufen sei, als Persönlichkeit zu wirken. Wir können aber keine harmonische Persönlichkeit werden ohne eigenstes Nachdenken, ernstes Wissen. Es braucht gar nicht vielerlei, nicht einmal viel zu sein; nur gründlich sollte es sein. „Wir müssen unbedingt mit in der Bildung“ — das heißt die Frau oft von Oberflächlichkeit zu Oberflächlichkeit. Wird ja einmal das Gefühl wach, daß es doch nichts rechtes ist mit dieser Bildung, dann heißt es wohl: „man hat nicht die Zeit.“ (Aber für Götz Kraft und die Berliner Ringe und ähnliche Werke voll Geist und Tiefe haben die allermeisten Zeit gehabt!) Oder man wird sentimental und holt die Herzens Eigenschaften heran, die eben doch das wichtigste seien und die edle Weiblichkeit ausmachen usw. Dies ist das schlimmste! Denn dabei verkehrt sich die richtige Behauptung „Die Frau soll zumeist durch ihre Persönlichkeit wirken“ in die Scheinfolgerung: also ist viel Wissen unnütz. Wie man ja auch immer noch den verständnislosen Satz hören kann: Mädchen brauchen nicht viel zu lernen.

Gewiß sind die Herzens Eigenschaften bei weitem das wichtigste, nicht nur für die Frau! Aber die werden doch nicht vielen fertig in die Wiege gelegt. Es gehört zu ihrer Erlangung und Pflege Arbeit, auch und gerade Geistesarbeit. Auch sie werden schließlich zu Sentimentalität und Dilettantismus, wenn sie nicht ihre Nahrung aus dem Erdreich wahrer persönlicher Bildung nehmen können.

B. Göring

